

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 13 | 31.03.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 34/2017](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 30 Abs 3 zweiter Teilstrich des Einkommensteuergesetzes 1988** in der Fassung BGBl I Nr 112/2012 durch den Verfassungsgerichtshof

### [BGBl I 35/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Post-Betriebsverfassungsgesetz**, das **Landarbeitsgesetz 1984** und das **Behinderteneinstellungsgesetz** geändert werden (Verlängerung der Tätigkeitsdauer von Personalvertretung, Konzernvertretung und Rechnungsprüfer; Verlängerung der Bildungsfreistellung)

### [BGBl I 36/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz** und das **Landarbeitsgesetz** geändert werden (Änderungen von Verweisungen hinsichtlich der Fixbeträge)

### [BGBl I 37/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsverfassungsgesetz** geändert wird (Erhöhung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer)

### [BGBl I 38/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz geändert werden (**Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2017 – SVÄG 2017**) (Ausweitung des Anspruchs auf berufliche Rehabilitation; Schaffung einer Grundlage für die Durchführung der „medizinisch-berufsorientierten Rehabilitation“; Einführung einer absoluten Verjährungsfrist für verschiedene Bescheiderlassungen; Reduzierung der Beitragsleistung zum Sozial- und Weiterbildungsfonds)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABl L 83 v 29.03.2017, 38](#)

Beschluss (EU) 2017/502 der Kommission vom 21. Oktober 2015 über die **staatliche Beihilfe** der Niederlande SA38374 (2014/C) (ex 2014/NN) zugunsten von Starbucks

[ABl L 83 v 29.03.2017, 116](#)

Beschluss (EU) 2017/503 der Kommission vom 8. November 2016 über die **Beihilferegelung** SA39621 2015/C (ex 2015/NN)

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.02.2017, [E 257/2017 ua](#)

**Gesetz über den Erwerb und den Verlust der Landes- und Bundesbürgerschaft 1925**; Ablehnung der Beschwerde auf **Anerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler**; keine Verletzung im **Recht auf Gleichheit**, da das Gesetz aus 1925 auf Personen, die immer in Südtirol und nie im jetzigen Österreich ein Heimatrecht hatten, nicht anwendbar ist

02.03.2017, [G 364/2016 ua](#)

**ParteienG; Parteien-FörderungsG**; Teils Ab-, teils Zurückweisung des Individualantrags einer politischen Partei auf Aufhebung von Bestimmungen des ParteienG und des Parteien-FörderungsG betreffend die **Verpflichtung zur jährlichen Erstellung eines Rechenschaftsberichts** und dessen Prüfung durch zwei unabhängige Wirtschaftsprüfer; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Einbeziehung aller im Bundesgebiet tätigen politischen Parteien in **Transparenz- und Offenlegungspflichten** bezüglich ihrer Parteienfinanzen

07.03.2017, [V 68/2016](#)

**Unkostenbeitrags-VO der Universität Salzburg**; Verfassungswidrigkeit der in einer Verordnung des Rektorats der Universität Salzburg angeordneten **Einhebung eines Unkostenbeitrags** für – im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Regelstudium stehende – Repetitorien an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät **mangels gesetzlicher Grundlage**

07.03.2017, [G 374/2016](#)

**Wr DienstO**; Zurückweisung des durch einen **Einzelrichter eingebrachten Antrags** des Verwaltungsgerichts Wien auf Aufhebung einer Bestimmung über die Verfügung der Ruhestandsversetzung eines Beamten der Stadt Wien durch die gemeinderätliche Personalkommission mangels Antragstellung durch ein legitimiertes Organ; Entscheidung des Verwaltungsgerichts über Beschwerden gegen Bescheide der gemeinderätlichen Personalkommission in Senatsbesetzung; daher **nur zuständiger Senat antragslegitimiert**

14.03.2017, [G 164/2016](#)

**Tabak- und NichtraucherenschutzG**; keine Verfassungswidrigkeit des **gesetzlichen Verbots des Versandhandels mit E-Zigaretten** und Liquids; Abweisung des Individualantrags der Betreiberin eines Onlineshops; keine Verletzung der **Erwerbsfreiheit**; Versandhandelsverbot im öffentlichen Interesse des Gesundheits-, Konsumenten- und Jugendschutzes gelegen und zur Zielerreichung geeignet und adäquat; kein Verstoß gegen das **Eigentumsrecht**; keine **unsachliche Gleichbehandlung** von E-Zigaretten mit Tabakerzeugnissen und anderen verwandten Erzeugnissen; Informationspflichten der Hersteller und Importeure von elektronischen Zigaretten nicht unsachlich und hinreichend bestimmt

14.03.2017, [G 311/2016](#)

**GmbHG**; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung von Bestimmungen über die **Gründungskapitalgrenzen der GmbH**; keine Gleichheitswidrigkeit durch zweimalige Änderung der Gründungskapitalgrenzen in kurzem Zeitraum; die Novellierung ist sachlich gerechtfertigt und birgt auch keine sonstigen Verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz, insbesondere gegen den Vertrauensschutz; Gesetzgeber handelt im **rechtspolitischen Gestaltungsspielraum**

15.03.2017, [G 394/2016](#)

**PrivatschulG**; Unzulässigkeit eines Individualantrags auf Aufhebung von Regelungen betreffend die **Subventionierung** konfessioneller bzw nicht-konfessioneller **Privatschulen** infolge **Zumutbarkeit des Verwaltungsrechtswegs** bzw mangels Beeinträchtigung rechtlich geschützter Interessen

14.03.2017, [G 405/2016 ua](#)

**StrafprozessO**; Abweisung von Parteianträgen auf Aufhebung der Regelungen über den pauschalierten, vom Bund zu leistenden Beitrag zu den Kosten der Verteidigung bzw die allgemeine Kostentragungspflicht für Vertreter im Strafverfahren; **Kostenersatz bei Freispruch** oder Einstellung des Verfahrens **verfassungsrechtlich nicht geboten**; keine unsachliche Festlegung der Kostenbeiträge; kein allgemeiner Anspruch eines Angeklagten auf Kostenersatz nach der EMRK

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

16.02.2017, [Ro 2014/05/0018](#)

**AVG**; kein Verstoß gegen die Vorschrift des § 59 Abs 1 AVG, wenn die Behörde im **Spruch** zwar den **Verpflichteten zunächst abstrakt bezeichnet**, dann aber in der Zustellverfügung diejenige Person benennt, auf welche sich der Spruch bezieht; der Zustellverfügung kommt wesentliche Bedeutung zu, weil dadurch erst die notwendige Individualisierung bewirkt wird

22.02.2017, [Ra 2014/10/0037](#)

**ForstG**; die **Rodungsbewilligung** bindet deren Gültigkeit nicht nur an die ausschließliche Verwendung der Fläche zum beantragten Zweck, sondern setzt überdies einen Zeitpunkt fest, zudem die Rodungsbewilligung erlischt, wenn der **Rodungszweck** nicht erfüllt wurde; bei Bindung der Rodungsbewilligung an den Rodungszweck „Bebauung mit Wohnhäusern“ ist dieser nicht bereits dann als erfüllt anzusehen, wenn technische Maßnahmen zur Schaffung eines geeigneten Bauplatzes vorgenommen werden

22.02.2017, [Ro 2016/09/0008](#)

**DenkmalschutzG**; Verhängung einer Geldstrafe wegen Durchführung archäologische Arbeiten (Grabungen) ohne Genehmigung; der ggst „Halde“ (künstliche Aufschüttung von Schlacke oder tauben Gesteinsmassen im Bergbau) könnte eine historische Bedeutung für die Erforschung der Bergbaugeschichte und deshalb die Denkmaleigenschaft zukommen; dass eine von Menschenhand geschaffene Anhäufung schon zur Entstehungszeit als Abfall betrachtet wurde, vermag ihre **Qualifikation als Denkmal** grundsätzlich nicht zu hindern; ebenso könnten sich darin Produkte menschlicher Bergbautätigkeit, sohin prähistorische Gegenstände, die das Ergebnis menschlicher Tätigkeit sind, befinden

23.02.2017, [Ra 2016/21/0152](#)

**BFA-VerfahrensG**; nach § 52 Abs 2 BFA-VerfahrensG (idF BGBl I 70/2015) hatten **Rechtsberater auf Ersuchen des Fremden** ua an der mündlichen Schubhaftverhandlung teilzunehmen; die Teilnahme des Rechtsberaters an der mündlichen Verhandlung „im Namen des Antragstellers“ hat somit vertretungshalber zu erfolgen; damit ist den Erfordernissen für die Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes durch die Beistellung eines Rechtsberaters ausreichend Rechnung getragen; es bedarf nicht der Beigebung eines Rechtsanwalts als Verfahrenshelfer

28.02.2017, [Ra 2015/11/0089](#)

**WaffenG**; bescheidmäßige Feststellung, dass die ggst **halbautomatischen Gewehre Kriegsmaterial** iSd §§ 5 und 18 WaffenG darstellen; dies bemisst sich daran, ob sie bei einer Gesamtbetrachtung als Gewehre anzusehen sind, die ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, beim Schießsport zur Abgabe von Schüssen verwendet zu werden; in diese Gesamtbetrachtung fließen Herstellerangaben, die objektive Eignung der Waffen für den Schießsport sowie gegebenenfalls ein tatsächlicher Einsatz solcher Waffen im Rahmen des Schießsports ein

28.02.2017, [Ra 2016/11/0164](#)

**Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG**; Vereinbarkeit der in § 7d Abs 1 und 2 Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG normierten Verpflichtung zur **Bereithaltung von Unterlagen betreffend die Lohneinstufung** in deutscher Sprache am Arbeitsort mit

dem Unionsrecht; Verpflichtung verfolgt ein „im Allgemeininteresse liegendes Ziel“, nämlich den sozialen Schutz der Arbeitnehmer; keine Bedenken hinsichtlich der Bereithaltungspflicht der Lohnunterlagen bereits ab dem ersten Arbeitstag am Arbeitsort; effektive Kontrolle auch jener entsendeter Arbeitskräfte, die am Arbeitsort nur für kurze Zeit beschäftigt werden

28.02.2017, [Ra 2017/11/0002](#)

**FührerscheinG**; Entzug der Lenkberechtigung für zwei Wochen aufgrund **Überschreitens der erlaubten Höchstgeschwindigkeit**; die Überschreitungen der jeweils zulässigen Höchstgeschwindigkeit in dem in § 7 Abs 3 Z 4 FührerscheinG genannten Ausmaß führt auch dann zwingend zu einer Entziehung der Lenkberechtigung nach § 26 Abs 3 leg cit, wenn Basis der festgelegten Geschwindigkeitsbeschränkung eine Verordnung nach dem IG-L war

28.02.2017, [Ro 2017/16/0002](#)

**Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG**; Vorschrift eines **vorgezogenen Erschließungsbeitrags** nach § 13 Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG; der **Begriff „unbebaut“** iSd § 13 Abs 1 leg cit ist dahingehend auszulegen, dass auf dem betreffenden Grundstück kein Gebäude errichtet ist, mag auch eine sonstige bauliche Anlage gegeben sein; trotz errichtetem Schwimmbad (bauliche Anlage) ist das ggst Grundstück sohin als „unbebaut“ anzusehen

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 10.03.2017, [W113 2146354-2](#)

**VwGVG**; für den Ausschluss der **aufschiebenden Wirkung von Bescheidbeschwerden** muss grundsätzlich **eine umfassende Interessenabwägung** zwischen den öffentlichen Interessen und denen des Bf durchgeführt werden; nach der Rsp des EuGH ist allerdings eine Aussetzung der Vollzugsakte im Rahmen **europäischer Verordnungen** nur zulässig, falls erhebliche Zweifel an der Gültigkeit einer Gemeinschaftsverordnung bestehen; Kollision mit den nationalen, rechtsstaatlichen Überlegungen zur vorgesehenen Interessenabwägung

BVwG 21.03.2017, [W228 2148776-1](#)

**ArbeitslosenversicherungsG**; **AVG**; weder die Aufzahlungs- noch die Rückzahlungsmodalitäten des **Arbeitslosengelds** als Leistungssachen sind im Verwaltungsrechtsweg bekämpfbar; entgegen einer vorherigen Judikatur beurteilt das BVwG diese **Zahlungsmodalitäten nicht als Bescheid** und bestätigt folgerichtig die Zurückweisung der (privatwirtschaftlich handelnden) Behörde auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

LVwG Oö 16.03.2017, [LVwG-410919](#)

**VwGVG**; **VwGG**; wurde dem LVwG bekannt, dass der Bf bereits **vor der Einbringung der Revision verstorben** war und davon ausgehend dessen Rechtsvertreter dazu aufgefordert, binnen bestimmter Frist zu belegen, ob noch ein entsprechendes Vollmachtsverhältnis besteht – widrigenfalls das LVwG vom Nichtvorliegen einer Vollmacht zum Zeitpunkt der Revision ausgehen wird – ist die **Revision zurückzuweisen**, wenn seitens des Rechtsvertreters des Bf innerhalb dieser Frist keine Äußerung erfolgte

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tir 23.03.2017, [LVwG-2017/44/0611-1](#)

**Tir AbfallwirtschaftsG**; gem § 17 Abs 2 Tir AbfallwirtschaftsG erwächst der Gemeinde keine Parteistellung hinsichtlich der behördlichen Genehmigung des Tarifs zur Abfallentsorgung; zwar ist die Gemeinde verpflichtet den Rest- und Sperrmüll zu der öffentlichen Behandlungsanlage zu bringen, die **Kosten für die Entsorgung** trägt aber letztlich nicht die Gemeinde, sondern der Bürger; durch die Möglichkeit der Einhebung von Abfallgebühren gegenüber dem Bürger entfällt somit die **erhebliche Beeinträchtigung** von Rechten der Gemeinde und begründet keine Parteistellung im Verfahren

LVwG Wien 27.01.2017, [VGW-002/022/2477/2016 ua](#)

**GlücksspielG**; die **bloße Ähnlichkeit einer beworbenen Seite**, auf der keine verbotenen Ausspielungen angeboten werden, mit einer anderen Seite, auf der verbotene Ausspielungen angeboten werden, führt nicht dazu, dass eine Werbung für die erste Seite den Tatbestand des § 52 Abs 1 Z 9 GlücksspielG erfüllt

LVwG Wien 01.03.2017, [VGW-111/V/077/2855/2017](#)

**AVG; ZiviltechnikerG**; ein Ziviltechniker ist vor dem LVwG nicht vertretungsbefugt; dass **Ziviltechniker** zur berufsmäßigen Parteienvertretung vor den ordentlichen Gerichten oder dem VwG befugt wären, wird vom Bundesministerium nicht behauptet und trifft nach der Einschätzung des Gerichts auch nicht zu; dies ergibt sich mitunter daraus, dass der Gesetzgeber die Befugnis zur **berufsmäßigen Parteienvertretung** für gewisse Berufssparten ausdrücklich vorsieht (zB § 117 Abs 5 GewerbeO für Immobilienreuhänder)

LVwG Wien 06.03.2017, [VGW-002/032/15743/2016 ua](#)

**Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten; VStG**; eine Bestrafung nach § 2 Abs 2 Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten ist nicht vom **Ort des zivilrechtlichen Vertragsabschlusses abhängig**; ein Abstellen auf solche Örtlichkeiten würde zu einer unsachlichen Auslegung des § 2 Abs 2 leg cit führen; Lokal inhaber könnten durch zivilrechtliche Ausgestaltung vom Verbotstatbestand umfasste Wetten straffrei ausführen; dies wäre ein Wertungswiderspruch und Verstoß gegen den **Schutzzweck der Norm**

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[28.03.2017, Rs C-72/15, Rosneft](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) – Restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen der Russischen Föderation, die die Lage in der Ukraine destabilisieren – Vorschriften des Beschlusses 2014/512/GASP und der Verordnung (EU) Nr 833/2014 – Gültigkeit – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Partnerschaftsabkommen** EU–Russland – **Begründungspflicht** – Grundsätze der Rechtssicherheit und der Bestimmtheit – Zugang zu den Kapitalmärkten – **Finanzhilfe** – Global Depositary Receipts – **Erdölsektor** – Ersuchen um Auslegung der Begriffe ‚Ton- und Schiefergestein‘ und ‚unter Wasser in Tiefen von mehr als 150 Metern‘ – Unzulässigkeit

[29.03.2017, Rs C-652/15, Tekdemir](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Assoziierungsabkommen** zwischen der Europäischen Union und der Türkei – Beschluss Nr 1/80 – Art 13 – **Stillhalteklause**l – Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen eines türkischen Arbeitnehmers, der dem regulären Arbeitsmarkt eines Mitgliedstaats angehört – Etwaiges Vorliegen eines zwingenden Grundes des Allgemeininteresses, der neue Beschränkungen rechtfertigt – Wirksame Steuerung der Migrationsströme – Erfordernis einer **Aufenthalts erlaubnis für Drittstaatsangehörige** unter 16 Jahren – **Verhältnismäßigkeit**

[30.03.2017, Rs C-146/16, Verband Sozialer Wettbewerb](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Werbung in einem Printmedium – **Vorenthaltung wesentlicher Informationen** – Zugang zu diesen Informationen über die Website, über die die betroffenen Produkte vertrieben werden – Produkte, die von demjenigen, der die Anzeige veröffentlicht hat, oder von Dritten verkauft werden

[30.03.2017, Rs C-315/16, Lingurár](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Finanzierung durch den ELER – Unterstützung der Entwicklung des ländlichen Raums – **Natura-2000-Zahlungen** – Privatpersonen vorbehaltene Begünstigung – Waldgebiet, das zum Teil im **Staatseigentum** steht

### [30.03.2017, Rs C-335/16, VG Čistoča](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Abfälle – Richtlinie 2008/98/EG – Deckung der Kosten der **Abfallbewirtschaftung** – Verursacherprinzip – Begriff ‚**Abfallbesitzer**‘ – Für die Abfallbewirtschaftung geforderte Gebühr – Sondergebühr, die **Kapitalinvestitionen** finanzieren soll

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [30.03.2017, Rs C-320/15, Kommission / Griechenland \(GA Bobek\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Umwelt** – Behandlung von kommunalem **Abwasser** – Art 4 Abs 1 und 3 sowie Anhang I Abschnitt B und Abschnitt D der Richtlinie 91/271/EWG – **Repräsentative Proben**

### [30.03.2017, Rs C-560/15, Europa Way und Persidera \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinien 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/77/EG – Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehen – Zuteilung von digitalen Frequenzen an die Netzbetreiber – **Neue digitale Frequenzen** („digitale Dividende“) – Nichtigerklärung eines laufenden Zuteilungsverfahrens und Ersetzung durch ein neues Verfahren der entgeltlichen Ausschreibung mit Versteigerung – Pflicht zur Durchführung einer vorherigen **öffentlichen Konsultation** – Unabhängige **nationale Regulierungsbehörde** – Eingriff des nationalen Gesetzgebers in ein laufendes Verfahren vor der Regulierungsbehörde

### [30.03.2017, Rs C-46/16, LS Customs Service \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Zollunion** – Waren, die während des externen Versandverfahrens im Zollgebiet der Union der zollamtlichen Überwachung entzogen werden – Bestimmung des Zollwerts – Voraussetzungen für die Anwendung der **Transaktionswertmethode** – Verkauf zur **Ausfuhr in einen Drittstaat** – Ermittlung des Zollwerts auf der Grundlage von in der Union verfügbaren Daten – **Ermittlungs- und Begründungspflichten** der mitgliedstaatlichen Zollverwaltung

### [30.03.2017, Rs C-73/16, Puškár \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Schutz der **Grundrechte** – Notwendigkeit eines Vorverfahrens – Liste personenbezogener Daten, die zum Zweck der Bekämpfung des Steuerbetrugs erstellt wurde – Zulässigkeit der Liste als Beweismittel – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit** – Verhältnis zwischen der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

### [30.03.2017, Rs C-112/16, Persidera \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinien 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/77/EG – Übergang vom analogen Fernsehen zum digitalen Fernsehen – Ermittlung der Anzahl der jedem Inhaber von analogen Frequenzen zuzuteilenden digitalen Frequenzen – Berücksichtigung bisher illegal genutzter analoger Frequenzen – Umwandlungsverhältnis – Umrechnungsfaktor – **Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Verhältnismäßigkeit**

### [30.03.2017, verb Rs C-196/16 und C-197/16, Comune di Corridonia \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Umwelt** – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – **Biogasanlagen** – Prüfung der Umweltauswirkung nach der Errichtung von Anlagen

## **C. GERICHT**

### [28.03.2017, T-210/15, Deutsche Telekom / Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente eines Verfahrens zur Durchführung der **Wettbewerbsregeln** – Verweigerung des Zugangs – **Begründungspflicht** – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten – **Überwiegendes öffentliches Interesse** – Konsultation Dritter – **Transparenz** – Fehlen einer fristgemäßen Beantwortung eines Zweitanspruchs



## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

28.03.2017, Beschwerde Nr. [25536/14](#), *Škorjanec / Kroatien*

**Verletzung** von Art 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) **ivm Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); Verurteilung zweier Männer wegen rassistisch motivierter Gewalttaten gegen den roma-stämmigen Partner der Bf, jedoch **keine Verurteilung** bezüglich **rassistisch motivierter Gewalt** im Hinblick auf die Angriffe gegen die Bf, da sie **keine Angehörige** der Roma ist; Konventionswidrigkeit der fehlenden Verurteilung, da rassistisch motivierte Gewalt auch gegenüber Personen erfolgen kann, die aufgrund ihrer persönlichen Merkmale nicht selbst das Ziel des ethnischen Hasses sind, jedoch mit einer derartigen **Zielperson in Verbindung** stehen

28.03.2017, Beschwerde Nr. [61411/15 ua](#), *Z.A. ua / Russland*

**Verletzung** von Art 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) **und Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Konventionswidrigkeit im Fall der **Verweigerung** des **Eintritts** in das Staatsgebiet für die aus dem Irak, Palästina, Somalia und Syrien stammenden Bf, was zu fünf bis acht Monaten bzw **zwei Jahre dauernden Aufenthalten** in der **Transitzone** eines **Flughafens** führte

30.03.2017, Beschwerde Nr. [35589/08](#), *Nagmetov / Russland (GK)*

**Verletzung** von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **Art 41 EMRK** (gerechte Entschädigung); Tod des Sohnes des Bf durch eine Tränengasgranate infolge der gewaltsamen Auflösung einer Versammlung; Zuerkennung einer **Entschädigungszahlung** von **50.000 Euro** zum Ersatz des immateriellen Schadens aufgrund der schwerwiegenden Umstände des Einzelfalls **trotz unzureichender Geltendmachung** des **Anspruchs auf gerechte Entschädigung** im Hinblick auf die Vorgaben des EGMR

30.03.2017, Beschwerde Nr. [21884/15](#), *Chowdury ua / Griechenland*

**Verletzung** von **Art 4 Abs 2 EMRK** (Verbot der Zwangsarbeit); konventionswidriger **Menschenhandel** sowie **Zwangsarbeit** im Fall der 42 aus Bangladesch stammenden Bf, die in Griechenland ohne Arbeitslaubnis und unter **widrigen Bedingungen** (bewaffnete Aufsicht, keine Entlohnung) zum **Erdbeerpflücken** auf einer Farm gezwungen wurden; darüber hinaus Verletzung positiver (Schutz-)Pflichten aufgrund der unzureichenden staatlichen Untersuchung und Sanktionierung der Vorkommnisse

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.